

**Antrag 34/I/2024 FA VIII – Soziale Stadt
Alles tun für eine Wende im Berliner Wohnungsbau**

Beschluss:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, alles dafür zu tun, dass der Wohnungsbau in Berlin intensiviert und beschleunigt wird. Das durch den Senat auf den Weg gebrachte Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren „Schneller- Bauen-Gesetz“ ist dafür ein sinnvoller und notwendiger Beitrag zur Gewährleistung von mehr *Zügigkeit und Verlässlichkeit* und zur Glaubwürdigkeit der wohnungspolitischen Zielsetzungen des Senats.

Hürden und überzogene Standards, die über das bundeseinheitliche Niveau des Baunebenrechts hinausgehen, sind abzusenken. Politische und administrative *Verzögerungstaktiken müssen unterbunden und sanktioniert, ein unmittelbares Eintrittsrecht* und eine Eintrittspflicht *der Senatsverwaltung bei Vorliegen entsprechender Sachverhalte geschaffen werden.*

Berlin muss für die Bewältigung der naturgemäßen Widersprüche zwischen baulichen Erfordernissen, infrastrukturellen Bedarfen und klima- sowie naturschutzrechtlichen Zielen ein konstruktives Verfahren auf den Ebenen der Verwaltung und der parlamentarischen Befassung implementieren. Die strikte Einhaltung vorgegebener Fristen für Beteiligungen von Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange ist durch Eingriffsregelungen zu sichern.

Zur Sicherung effizienter, zügiger Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Realisierung von Vorhaben besonderer und berlinweiter Bedeutung sind weitere organisatorische Maßnahmen zu prüfen wie die Einführung eines Landesbauamts. Insbesondere für den Bau bezahlbarer Wohnungen, von Unterkünften für Geflüchtete oder von Schulen und sozialer Infrastruktur sind zusätzliche Kapazitäten unverzichtbar.

Die SPD ist nur glaubwürdig, wenn die versprochenen Ziele tatsächlich erreicht werden.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat